Sie können die QR Codes nützen um später wieder auf die neuste Version eines Gesetzestexts zu gelangen.

TE Vwgh Beschluss 1997/8/5 97/11/0066

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 05.08.1997

Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof;
43/01 Wehrrecht allgemein;

Norm

VwGG §33 Abs1;
VwGG §47 Abs1;
VwGG §56;
WehrG 1990 §23 Abs2;
WehrG 1990 §35 Abs1;

Betreff

Der Verwaltungsgerichtshof hat durch den Vorsitzenden Senatspräsident Dr. Leukauf und die Hofräte Dr. Waldner und Dr. Bernard als Richter, im Beisein der Schriftführerin Mag. Neumeister, in der Beschwerdesache des Mag. K in O, vertreten durch Dr. F, Rechtsanwalt in L, gegen den Bescheid des Militärkommandos Oberösterreich vom 20. Februar 1997, Zl. 0/65/13/05/90-2505, betreffend Einberufung zum Grundwehrdienst, den Beschluß gefaßt:

Spruch

Die Beschwerde wird als gegenstandslos erklärt und das Beschwerdeverfahren wird eingestellt.

Ein Zuspruch von Aufwandsersatz findet nicht statt.

Begründung

Mit dem angefochtenen Bescheid wurde der Beschwerdeführer mit Wirkung vom 1. Juni 1997 an zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen.

Nach Einbringung der Beschwerde wurde er mit Bescheid der belangten Behörde vom 29. April 1997 für untauglich erklärt.

Mit Schriftsatz vom 21. Juli 1997 äußerte sich der Beschwerdeführer dahin, daß er damit nicht im Sinne des Gesetzes klaglosgestellt sei, weil der angefochtene Einberufungsbefehl nicht aufgehoben worden sei; er habe lediglich aufgrund der Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung durch den Verwaltungsgerichtshof (Beschluß vom 8. April 1997) nicht vollstreckt werden können.

Der Beschwerdeführer ist damit im Recht, daß mangels Aufhebung des angefochtenen Bescheides formelle Klaglosstellung nicht eingetreten ist. Die Beschwerde ist allerdings nach ihrer Einbringung gegenstandslos geworden, weil der Beschwerdeführer den angefochtenen Einberufungsbefehl wegen festgestellter Untauglichkeit nicht mehr zu befolgen braucht.

Mangels Klaglosstellung im formellen Sinn kommt die Zuerkennung von Aufwandsersatz nicht in Betracht (vgl. den Beschluß eines verstärkten Senates vom 9. April 1980, Slg. Nr. 10.092/A, und den zitierten Beschluß vom 16. April 1991).

Schlagworte

Gültigkeit der Kostenbestimmungen InhaltlichEinstellung des Verfahrens wegen Klaglosstellung gemäß VwGG §33 Abs1

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1997:1997110066.X00

Im RIS seit

20.11.2000

Zuletzt aktualisiert am

11.02.2015

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at